

EU-Beilage

Inhalt

1. Einstieg	46
2. Analytischer Teil	47
2.1 Mittelfristige Planung im EU-Haushalt	47
2.2 Finanzierung des Gemeinschaftshaushaltes	48
2.3 Leistungen aus dem Gemeinschaftshaushalt	49
2.4 Operativer Haushaltssaldo	54
3. Technischer Teil	55
3.1 Die Ausgaben des EU-Haushaltes	55
3.2 Eigenmittelfinanzierung	56
3.3 EU-Gebärungen im Bundeshaushalt	58
4. Tabellenteil	60
5. Abkürzungsverzeichnis	66

1. Einstieg

Im Rahmen der EU-Mitgliedschaft ist Österreich auch in den Gesamthaushalt der Europäischen Union eingebunden. Die Europäische Union ist eine übernationale Einrichtung („Staatenverbund“) mit spezifischen Aufgaben, die sich von jenen der Nationalstaaten deutlich unterscheiden. Basis der Beziehungen der Mitgliedstaaten zur EU sind der EU-Vertrag und die davon abgeleiteten Regelungen, die von den EU-Organen – das sind Rat, Europäisches Parlament (EP) und Europäische Kommission (EK) – erlassen werden. Zu den wichtigsten budgetär relevanten Aufgaben zählen vor allem die Förderung der Landwirtschaft – einer der zentralen vergemeinschafteten Aufgabenbereiche der EU – sowie der Regionen mit geringerem wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Darüber hinaus werden weitere wichtige Politikbereiche in den EU-Staaten (insbesondere Forschung, Verkehr, Bildung) gefördert und Leistungen für Drittstaaten erbracht, etwa Unterstützungen für Nachbarstaaten, Entwicklungszusammenarbeit und Vorbeitrittshilfen für Beitrittskandidaten.

Das Gesamtvolumen des EU-Haushaltes beläuft sich 2009 auf rd. 116,1 Mrd. €¹, das sind ca 1% der Gesamtwirtschaftsleistung der EU (Bruttonationaleinkommen/ BNE). Der EU-Haushalt ist damit im Vergleich zu den nationalen Haushalten der Mitgliedstaaten (mit einem Haushaltsvolumen zwischen 35% und 52% des BNE) ein relativ kleiner Haushalt.

Die Finanzierung des EU-Haushaltes erfolgt hauptsächlich durch die Mitgliedstaaten. Daneben tragen auch die Einnahmen aus gemeinschaftlichen Abgaben (insbesondere Zölle) zur Finanzierung des EU-Haushaltes bei. Die Leistungen der Mitgliedstaaten orientieren sich im Wesentlichen an deren Wirtschaftskraft. Der Anteil Österreichs an der Finanzierung des EU-Gesamthaushaltes (nationaler Beitrag, d.h. ohne Traditionelle Eigenmittel) betrug im Zeitraum 2002-2007 durchschnittlich 2,3%.

Für den EU-Haushalt gilt der Grundsatz des Haushaltsausgleiches, d.h. bei der Beschlussfassung über das jährliche Budget müssen unter Berücksichtigung der Eigenmittelobergrenze² die Ausgaben und Einnahmen gleich hoch veranschlagt werden. Die Finanzierung des EU-Haushaltes im Wege von Schulden ist ausgeschlossen.

Der jährliche EU-Haushalt wird von Rat und EP auf Basis eines Vorentwurfes der Kommission beschlossen. Hierbei ist ein komplexes Verfahren mit jeweils zwei Lesungen abzuwickeln. Die Haushaltskompetenzen sind auf Rat und EP in etwa gleich verteilt, so dass beide Organe in der Regel über das Jahresbudget gemeinsam entscheiden. Seit 1988 wird in der EU auch eine strikte mittelfristige Planung („Finanzielle Vorausschau“, seit 2007 „Finanzrahmen“) festgelegt; derzeit läuft die Finanzperiode 2007-2013. Der Finanzrahmen ist Bestandteil einer Übereinkunft zwischen Kommission, Rat und EP („Interinstitutionelle Vereinbarung“/ IIV), welche derzeit freiwillig und kündbar ist.

Gemäß dem Beschluss des Europäischen Rates vom Dezember 2005 und der IIV 2006 ist der Finanzrahmen 2007-2013 einer umfassenden einnahmen- und ausgaben- und ausgaben-Überprüfung zu unterziehen. Die Kommission hat hierzu nach Durchführung eines breiten Konsultationsprozesses einen Bericht vorzulegen, welcher gegebenenfalls als Grundlage für den nächsten Finanzrahmen ab 2014 dienen kann.

¹ In Zahlungsermächtigungen (Erläuterungen zum Begriff siehe Abschnitt 3.1.2) gemäß EU-Haushalt, verabschiedet vom EP am 18.12.2008.

² Für Details vgl. Abschnitt 2.2.2.

2. Analytischer Teil

2.1 Mittelfristige Planung im EU-Haushalt

Grundlage für den Finanzrahmen 2007-2013 ist ein gemeinsamer Beschluss von Rat, Europäischem Parlament und der Kommission (Interinstitutionelle Vereinbarung – IIV). Der Finanzrahmen sieht eine Obergrenze der Verpflichtungsermächtigungen über den siebenjährigen Zeitraum von 974,8 Mrd. € zu laufenden

Preisen vor. Die Zahlungsermächtigungen sind mit rd. 925,3 Mrd. € zu laufenden Preisen begrenzt.³

Entsprechend den Bestimmungen der IIV nimmt die Kommission zu Beginn des jeweiligen Haushaltsverfahrens eine technische Anpassung des Finanzrahmens an die Entwicklung des EU-BNE und der Preise vor. Die letzte technische Anpassung fand im März 2008 statt.

Der Finanzrahmen gewährleistet eine geordnete Entwicklung der Ausgaben; insbesondere wird das Niveau der Zahlungen im Rahmen der maximal zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel (langfristige „Eigenmittelobergrenze“ von 1,24% des Bruttonationaleinkommens) gehalten. Insgesamt wird mit diesem Instrumentarium die Einhaltung des Grundsatzes der Haushaltsdisziplin gewährleistet.

Finanzrahmen 2007 - 2013

in Mio. €, zu lfd. Preisen

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Summe 2007-2013
R.1 Nachhaltiges Wachstum	53.979	57.653	59.700	61.782	63.638	66.628	69.621	433.001
R.1a Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	8.918	10.386	11.272	12.388	12.987	14.203	15.433	85.587
R.1b Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung	45.061	47.267	48.428	49.394	50.651	52.425	54.188	347.414
R.2 Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	55.143	59.193	59.639	60.113	60.338	60.810	61.289	416.525
davon: marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	45.759	46.217	46.679	47.146	47.617	48.093	48.574	330.085
R.3 Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1.273	1.362	1.523	1.693	1.889	2.105	2.376	12.221
R.3a Freiheit, Sicherheit und Recht	637	747	872	1.025	1.206	1.406	1.661	7.554
R.3b Unionsbürgerschaft	636	615	651	668	683	699	715	4.667
R.4 Die EU als globaler Akteur	6.578	7.002	7.440	7.893	8.430	8.997	9.595	55.935
R.5 Verwaltung *)	7.039	7.380	7.699	8.008	8.334	8.670	9.095	56.225
R.6 Ausgleichszahlungen	445	207	210					862
Summe Verpflichtungsmittel	124.457	132.797	136.211	139.489	142.629	147.210	151.976	974.769
Summe Zahlungsmittel	122.190	129.681	123.858	133.505	133.452	140.200	142.408	925.294

Quelle: Interinstitutionelle Vereinbarung Stand: März 2008

*) Bei den innerhalb der Obergrenze dieser Rubrik berücksichtigten Ausgaben für die Versorgungsbezüge handelt es sich um Beträge, in denen die Beiträge des Personals zur entsprechenden Versorgungsordnung bis zu 500 Mio. EUR (Preise 2004) für den Zeitraum 2007-2013 nicht enthalten sind. Ebenso nicht enthalten sind die Beträge für den Europäischen Solidaritätsfonds, den Globalisierungsanpassungsfonds sowie die Soforthilfereserve.

³ Zur Unterscheidung Verpflichtungs-/Zahlungsermächtigungen siehe Abschnitt 3.1.2.

2.2 Finanzierung des Gemeinschaftshaushaltes

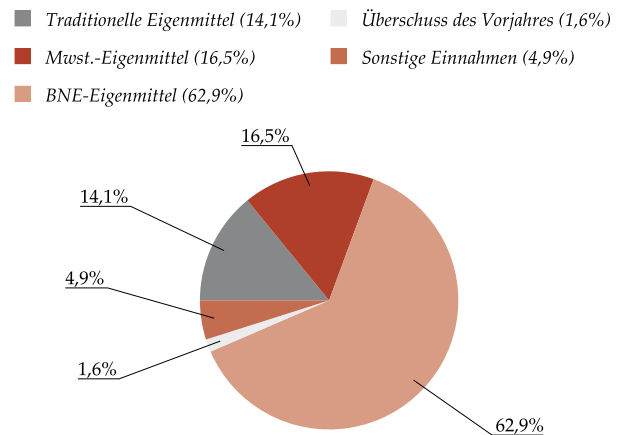
Die Finanzierung des EU-Budgets bezieht sich auf die in einem Haushaltsjahr zu leistenden Zahlungen und erfolgt nahezu ausschließlich aus sogenannten Eigenmitteln. Der Eigenmittelbeschluss (EMB)⁴ legt das Eigenmittelsystem und damit langfristig die Regeln für die Zurverfügungstellung der Mittel fest. Dies bedeutet, dass die Gemeinschaft jährlich über Finanzmittel in der zur Finanzierung des Jahreshaushaltes erforderlichen Höhe verfügt, ohne dass es hierzu besonderer Entscheidungen der Mitgliedstaaten bedarf. Neben den Eigenmitteln stehen sog. „sonstige Einnahmen“ (Haushaltsüberschuss aus dem Vorjahr, Kostenbeiträge, Strafgelder, Vermögenserträge, Verzugszinsen etc.) zur Verfügung. Im Jahr 2007 betrugen diese rd. 7,6 Mrd. €.

2.2.1 Das Eigenmittelsystem

Zu den Eigenmitteln zählen

- Traditionelle Eigenmittel (TEM):
 - Zölle (inkl. Agrarabschöpfungen), Zuckerabgaben

EU-27 Haushaltseinnahmen 2007 in %

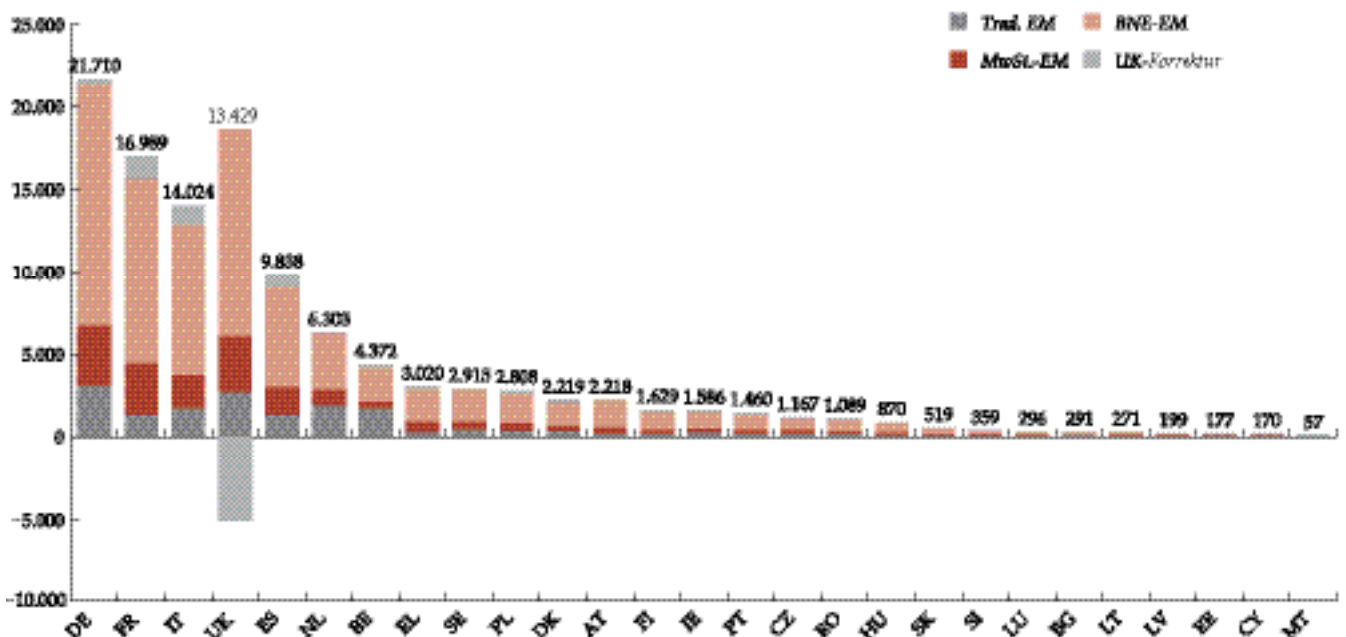


Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

- Nationaler Beitrag:
 - Mehrwertsteuer(MwSt)-Eigenmittel
 - Bruttonationaleinkommen(BNE)-Eigenmittel
 - Korrektur zu Gunsten des Vereinigten Königreichs

Im Jahr 2007 beliefen sich die gesamten für die Haushaltsfinanzierung erforderlichen Eigenmittel auf rd. 110,0 Mrd. €.

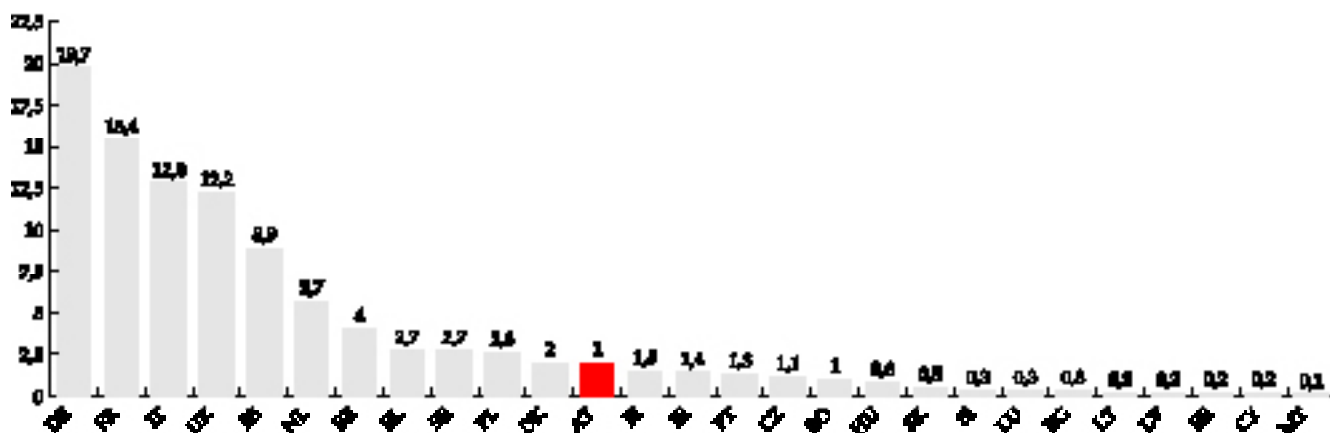
EU-27 Nationaler Betrag nach Mitgliedstaaten und zugunsten der EU erhobene Traditionelle Eigenmittel 2007 in Mio. €



Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

4 Der neue EMB 2007 tritt am 1.1.2009 rückwirkend mit 1.1.2007 in Kraft.

EU-27 Nationaler Betrag nach Mitgliedsstaaten und zugunsten der EU erhobene Traditionelle Eigenmittel 2007 in % der gesamten Eigenmittelzahlungen



Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

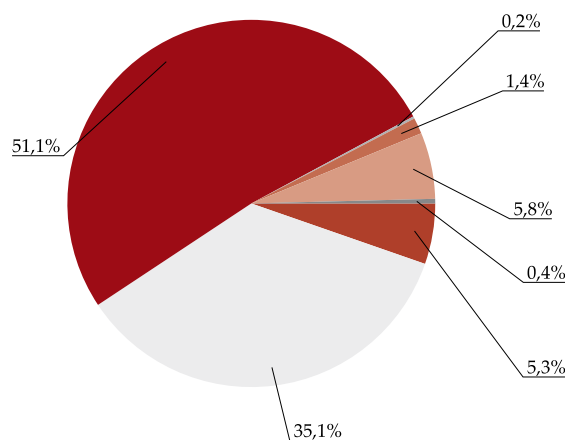
2.2.2 Die Eigenmittelobergrenze

Alle Eigenmittel zusammen dürfen 1,24% des BNE aller Mitgliedstaaten nicht überschreiten (Eigenmittelobergrenze). Auf Grund des Prinzips des Haushaltsausgleiches ist damit zugleich die oberste Ausgabengrenze für Zahlungsermächtigungen festgelegt, welche für das Jahresbudget und die mittelfristige Planung verbindlich ist (näheres siehe unter Punkt 3. Technischer Teil). Zur Finanzierung dieser Leistungen tragen in Österreich im Rahmen des Finanzausgleichs Bund, Länder und Gemeinden bei.

- Rubrik 2 "Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen"
- Rubrik 3a "Freiheit, Sicherheit und Recht"
- Rubrik 3b "Unionsbürgerschaft"

EU-27 Anteil der Ausgaben im EU-Haushalt 2007 in %

- R.1a Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung (5,3%)
- R.1b Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung (35,1%)
- R.2 Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen (51,1%)
- R.3a und R.3b Freiheit, Sicherheit und Recht; Unionsbürgerschaft (0,2%)
- R.4 die EU als globaler Akteur (1,4%)
- R.5 Verwaltung (5,8%)
- R.6 Ausgleichszahlungen (0,4%)



Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

2.3 Leistungen aus dem Gemeinschaftshaushalt

Die Ausgaben des Gemeinschaftshaushaltes fließen größtenteils an Förderungsnehmer in den EU-Staaten und zu einem geringen Teil an Drittstaaten.

Die Ausgaben des EU-Haushaltes, welche in die EU-Mitgliedstaaten fließen, werden aus Sicht der Mitgliedstaaten (MS) als „Rückflüsse“ bezeichnet; diese stammen aus den Budgetbereichen

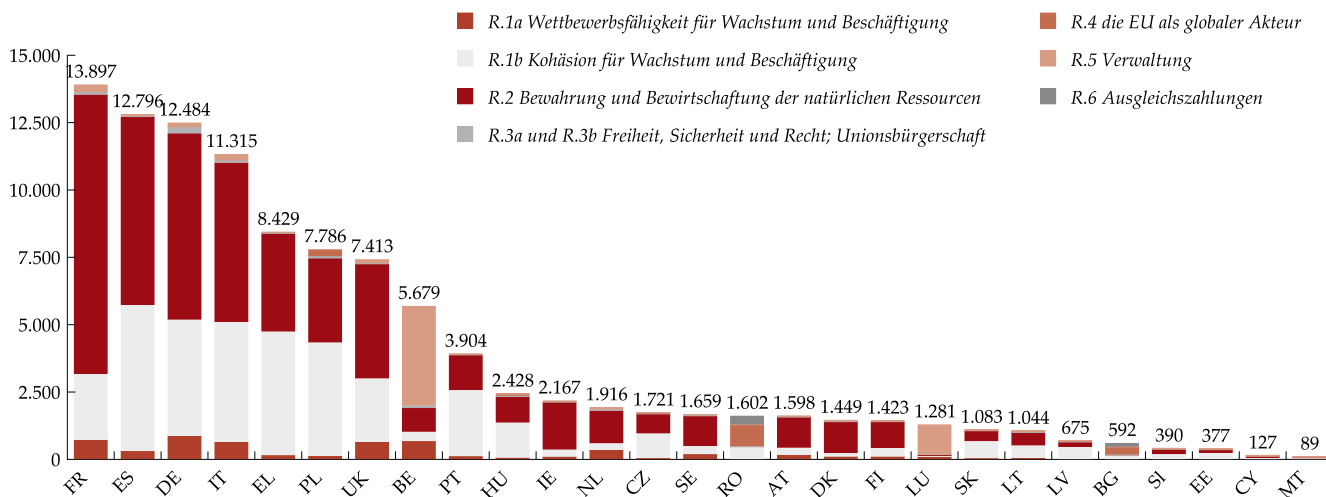
- Rubrik 1a "Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung"
- Rubrik 1b "Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung"

Die ausgewiesenen Rückflussdaten sollen internationale Vergleiche ermöglichen und beziehen sich daher auf offizielle Daten der Kommission.⁵ Es können sich in der Folge definitionsbedingte Abweichungen von Zahlen des österreichischen Bundesbudgets ergeben. Nach Österreich flossen im Jahr 2007 insgesamt

1,598 Mrd. €, der Anteil Österreichs an den gesamten Rückflüssen in EU-Mitgliedstaaten des Jahres 2007 beläuft sich auf 1,5%; damit ist er geringer als der nationale österreichische Finanzierungsanteil in 2007 in Höhe von 2,2%.

EU-27 Ausgaben 2007 nach Rubriken und Mitgliedstaaten

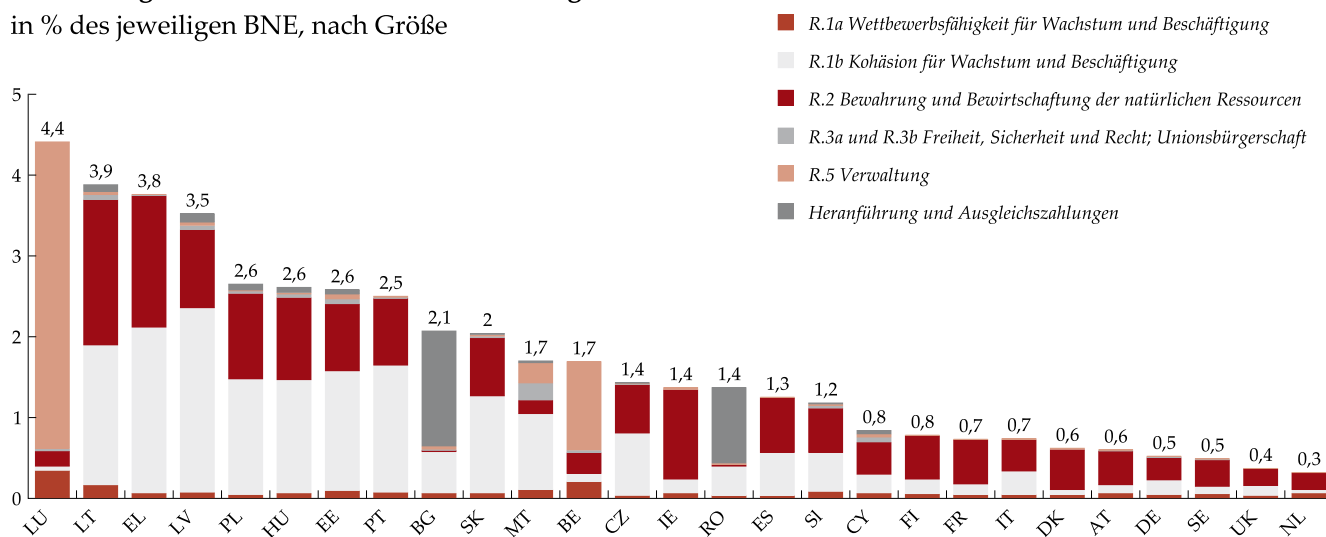
in Mio. €, nach Größe



Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

EU-27 Ausgaben 2007 nach Rubriken und Mitgliedstaaten

in % des jeweiligen BNE, nach Größe



Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

⁵ Vgl. Europäische Kommission, „EU-Haushalt 2007, Finanzbericht“.

⁶ Siehe Tabelle 3 im Tabellenteil.

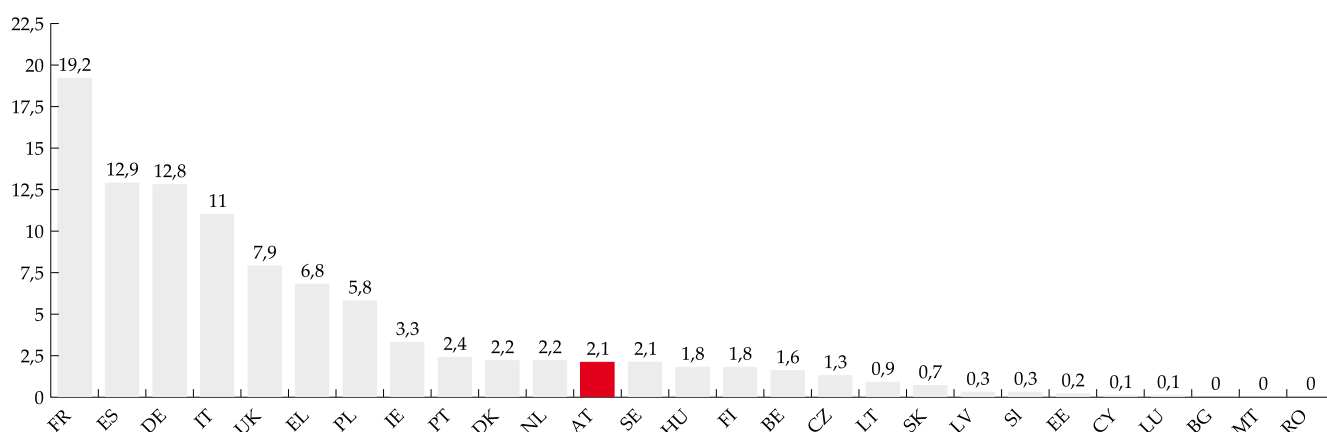
Rückflüsse im Bereich „Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“ (Agrarpolitik)

Die Agrarausgaben für die Mitgliedstaaten umfassen im Wesentlichen Direktbeihilfen für die Landwirte (Einkommensprämien), marktlenkende Maßnahmen (z.B. Lagerhaltung oder Ausfuhrerstattungen für Agrarexporte) sowie Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Der Anteil Österreichs an den Agrarausgaben 2007 betrug rd. 2,1%. Auf Grund des hohen Anteils von Österreich an der Ländlichen Entwicklung liegt der Wert idR. höher, allerdings lagen 2007 (Start der Programmperiode) noch kaum Genehmigungen in diesem Bereich vor.

Rückflüsse im Bereich „Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung“ (Strukturpolitik)

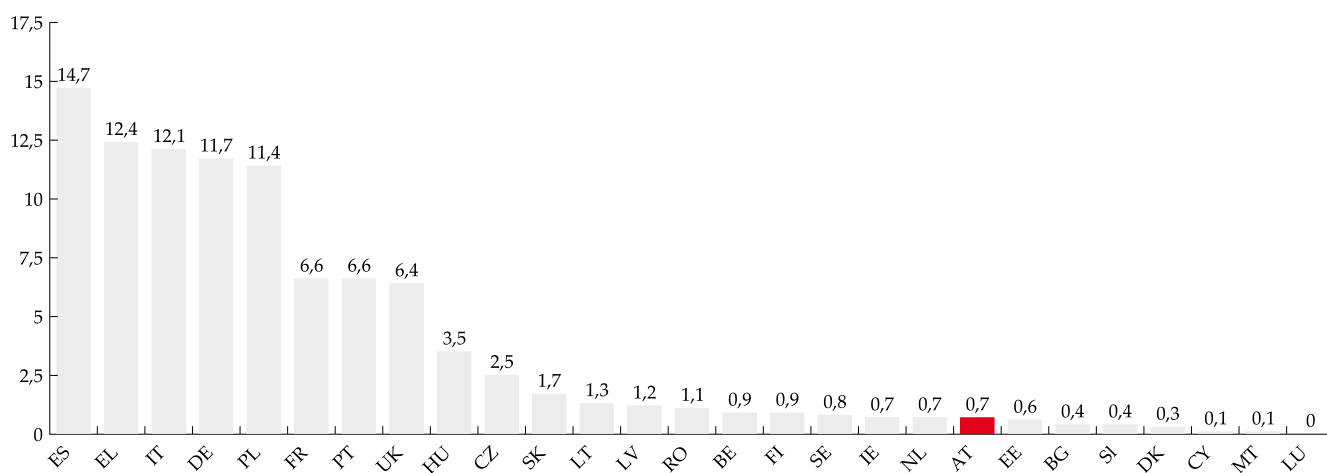
Die Strukturpolitik ist darauf ausgerichtet, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen zu verringern. Die Mittel fließen daher überwiegend in die ärmsten Regionen der EU. Österreichs Anteil ist dementsprechend gering (rd. 0,7% im Jahr 2007). Die wesentlichen Rückflüsse für Österreich umfassten bisher die Mittel für Ziel 1 „Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“, welche dem Burgenland zugute kamen. Seit 2007 ist das Burgenland nicht mehr Ziel-1-Gebiet, kommt aber in den Genuss einer großzügigen Übergangsregelung („Phasing Out“).

EU-27 Ausgaben 2007 nach Mitgliedstaaten: Rubrik 2 Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in %



Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007; Berechnungen BMF

EU-27 Ausgaben 2007 nach Mitgliedstaaten: Rubrik 1b Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung in %



Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007; Berechnungen BMF

Rückflüsse im Bereich „Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung“

Dieser Bereich umfasst Ausgaben verschiedener Politikbereiche, insbesondere die Finanzierung der Forschung und technologischen Entwicklung, die Trans-europäischen Netze (TEN) sowie Bildung, Soziales, Energie und Kultur. Österreichs Rückflussquote lag, insbesondere auf Grund umfangreicher Zahlungen für die Transeuropäischen Netze, mit 2,9% (2007) über der österreichischen Beitragsquote.

Rückflüsse im Bereich „Freiheit, Sicherheit und Recht“ und „Unionsbürgerschaft“

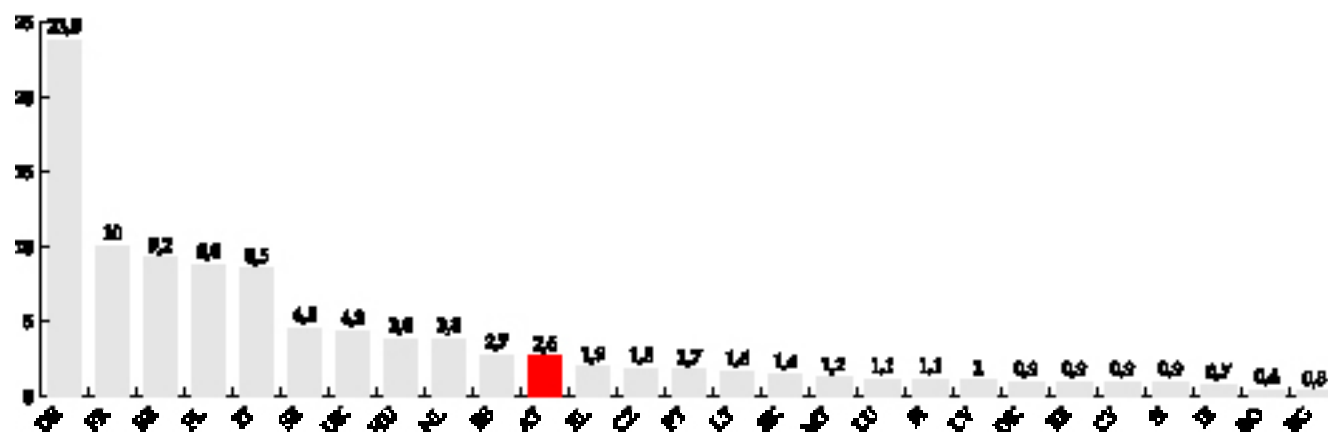
Die Schwerpunkte sind einerseits die Entwicklung eines gemeinsamen Asylraums, die Zusammenarbeit der Strafvollzugs- und Justizbehörden bei der Prävention und Bekämpfung von Verbrechen und Terrorismus, die Achtung der Grundrechte und ein globaler Ansatz bei der Drogenbekämpfung. Andererseits zielen die Ausgaben auf die Förderung der europäischen Kultur, Identität und Vielfalt sowie Förderung der Gesundheit, des Verbraucherschutzes und des Katastrophenschutzes ab. Der Anteil Österreichs an den Rückflüssen betrug 2,6%.

EU-27 Ausgaben 2007 nach Mitgliedstaaten: Rubrik 1a Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung
in %



Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2009, Berechnungen EMF

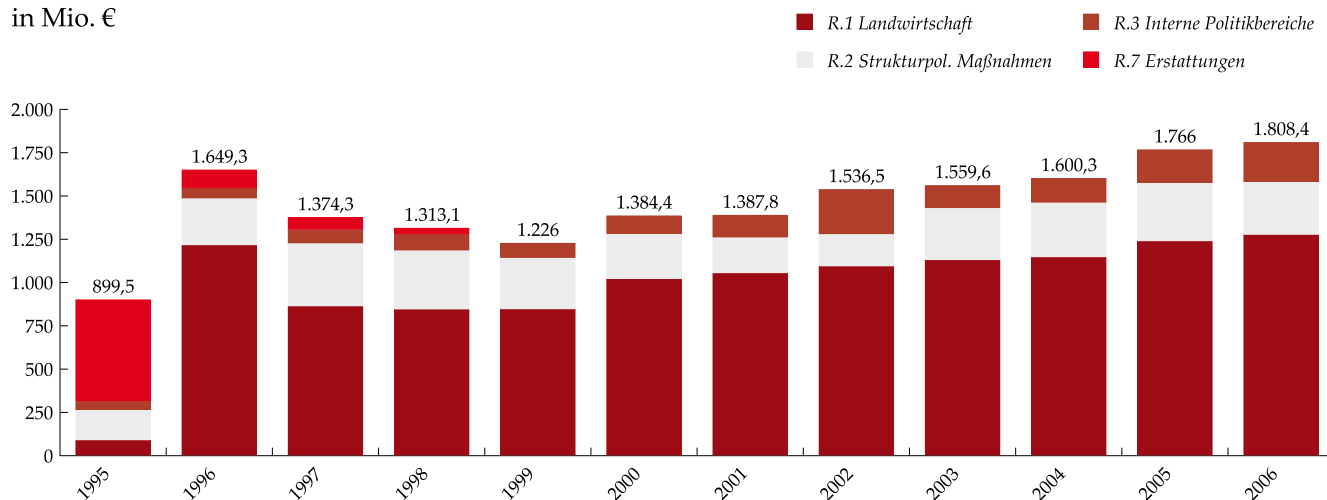
EU-27 Ausgaben 2007 nach Mitgliedstaaten: Rubrik 3a Freiheit, Sicherheit und Recht; Rubrik 3b Unionsbürgerschaft
in %



Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2009, Berechnungen EMF

Rückflüsse aus dem EU-Haushalt für Österreich 1995-2006 *)

in Mio. €

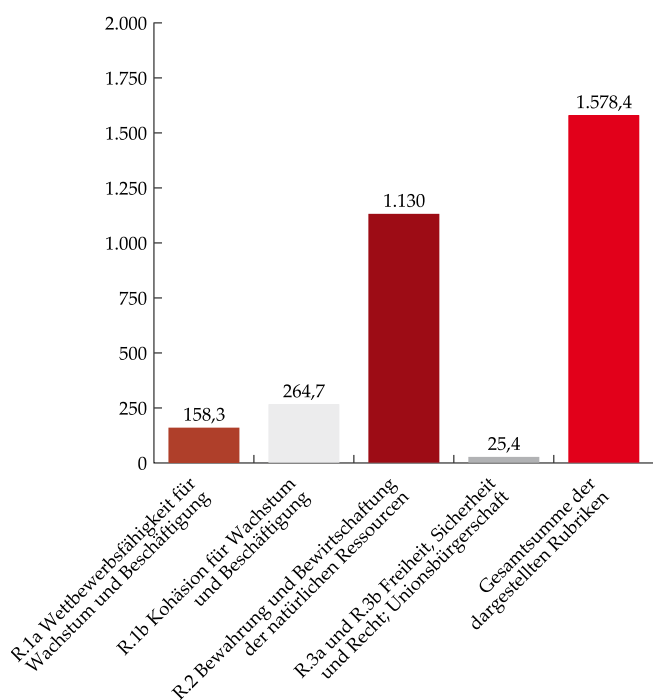


*) Darstellung gemäß Rubrikeneinteilung Perioden 1993-1999 und 2000-2006. Ab 2007 geänderte Darstellung (siehe folgende Graphik).

Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2006

Rückflüsse aus dem EU-27 Haushalt für Österreich 2007

in Mio. €



Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

2.4 Operativer Haushaltssaldo

Der operative Haushaltssaldo eines Landes gibt Aufschluss über die unmittelbaren Finanzströme zwischen EU und Mitgliedstaat. Obwohl er weder ökonomische noch politische Auswirkungen berücksichtigt und sich allein auf die rechnerische Gegenüberstellung von Leistungen an den EU-Haushalt und Rückflüsse aus dem EU-Haushalt beschränkt, ist er doch ein Instrument der Haushaltsdisziplin und spielt vor allem in den Verhandlungen und Entscheidungen über die Verteilung der EU-Mittel eine bedeutende Rolle („Nettozahlerdiskussion“).

Darüber hinaus ist er insbesondere Anknüpfungspunkt für die dem Vereinigten Königreich gewährte Vergünstigung („UK-Korrektur“ bzw. „UK-Rabatt“ bzw. „UK-Ausgleich“).

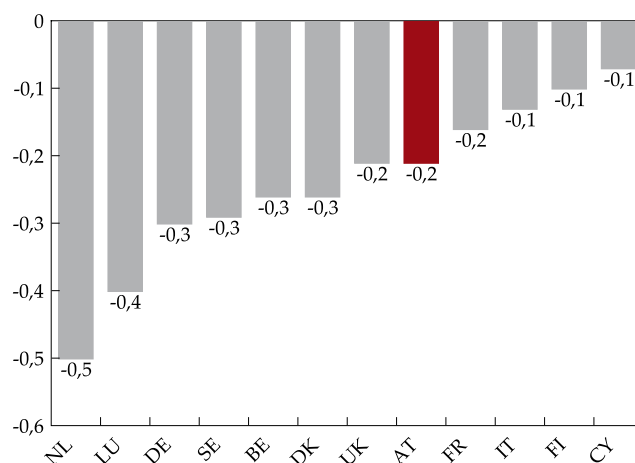
Die österreichische Nettoposition ist traditionell negativ.

Österreich zählt als einer der wohlhabendsten Mitgliedstaaten zu den sog. „Nettozahlern“ der EU. Mit rd. -0,21% des BNE lag der operative Haushaltssaldo 2007 etwas über dem langjährigen Durchschnitt (Erweiterung um Bulgarien, Rumänien).⁷

Trotz des deutlich negativen Haushaltssaldos von Österreich hat die Mitgliedschaft gesamtwirtschaftlich betrachtet klare Vorteile: In den ersten zehn Jahren der österreichischen EU-Mitgliedschaft wuchs die Wirtschaft um mehr als 0,4 Prozentpunkte p.a. stärker als es ohne Beitritt der Fall gewesen wäre.⁸

Die Summe aller negativen Haushaltssalden (2007: rd. 22,8 Mrd. €) kann als Maß für die Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten, welche im Wege des EU-Haushaltes bewirkt wird, aufgefasst werden.

Verteilung der negativen operativen Haushaltssalden 2007
in % BNE gerundet auf 1 Dezimale
(ohne Berücksichtigung des neuen EMB 1.1.2007)



Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

⁷ Vgl. EK-Bericht „EU-Haushalt 2007, Finanzbericht“.

⁸ Quelle: Fritz Breuss, Österreich und die Schweiz - Erfahrungen mit und ohne EU-Mitgliedschaft, WIFO-Monatsberichte 10/2005.

3. Technischer Teil

3.1 Die Ausgaben des EU-Haushaltes

3.1.1 Mittelfristige Planung: Interinstitutionelle Vereinbarung und mehrjähriger Finanzrahmen

Seit 1988 verständigen sich das Europäische Parlament, der Rat der Union und die Europäische Kommission über die Handhabung ihrer Haushaltskompetenzen. Das Ergebnis wird in einer Interinstitutionellen Vereinbarung festgelegt. Diese enthält als wichtigsten Teil die Finanzielle Vorausschau (seit 2007 „Finanzrahmen“), mit welcher die großen Haushaltsprioritäten („Rubriken“) des Planungszeitraumes sowie der Höchstbetrag der Ausgaben festgelegt werden.

Jede Rubrik enthält für jedes Jahr einen Betrag für Verpflichtungsermächtigungen. Das Zahlentableau weist gleichzeitig einen Gesamtbetrag pro Jahr für die Zahlungsermächtigungen⁹ in Mio. € aus. Die wichtigsten Eckpunkte werden zudem – auf der Grundlage einer Vorausschätzung der Wirtschaftsentwicklung – in Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Gemeinschaft angegeben. Die Finanzielle Vorausschau ist somit eines der wichtigsten Instrumente der Haushaltsdisziplin auf Gemeinschaftsebene.

Mit Ende 2006 ist die – oft als „Agenda 2000“ bezeichnete – Finanzielle Vorausschau 2000-2006 ausgelaufen. In der Praxis werden in den ersten Jahren der Periode 2007-2013 noch Zahlungen geleistet, die für die reibungslose Abwicklung der Förderprogramme der Vorperiode benötigt werden.

Ebenso wie die „Agenda 2000“ wurde auch der neue Finanzrahmen 2007-2013 im Rahmen einer Interinstitutionellen Vereinbarung von Kommission, Parlament und Rat gemeinsam beschlossen.¹⁰ Die Einigung vom 17. Mai 2006 sieht eine Konzentration der Mittel

auf vorrangige Bereiche vor. Dies soll ermöglichen, den Herausforderungen einer von 15 auf 27 Mitgliedstaaten erweiterten EU mit einem Haushalt von weiterhin nur etwa 1% des BNE gerecht zu werden.

Das Volumen des Finanzrahmens wird im Wesentlichen durch zwei große Ausgabenkategorien bestimmt (zusammen ca. 85% der Ausgaben):

1. Die Rubrik 1 „Nachhaltiges Wachstum“ ist am höchsten dotiert. Die Mittel der Unterrubrik 1a unterstützen Projekte zur Stärkung von Forschung, Innovation, Infrastruktur u. dgl. im gesamten EU-Raum. Aus der Unterrubrik 1b werden struktur- und kohäsionspolitische Maßnahmen gefördert, die auf die am schwächsten entwickelten Regionen und Mitgliedstaaten konzentriert sind.
 2. Der Ausgabenblock natürliche Ressourcen (Rubrik 2) macht knapp 43% der europäischen Haushalte 2007-2013 aus. Im Verhältnis zu den Gesamtausgaben sinkt der Anteil der Agrarausgaben im Verlauf der Finanzperiode. Die Landwirtschaft ist der einzige Politikbereich, dessen Kompetenzen weitestgehend auf europäischer Ebene angesiedelt sind.
- Der Beschluss des Europäischen Rates vom Dezember 2005 zum Finanzrahmen und die Interinstitutionelle Vereinbarung 2006 sehen eine Revision des gesamten EU-Budgets inkl. der Einnahmenseite vor. Die Kommission soll dazu spätestens 2009 einen Bericht vorlegen und den Revisionsprozess eröffnen.

3.1.2 Der Jahreshaushalt

Der EU-Haushalt unterscheidet zwei Planungsgrößen: Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen. Die Verpflichtungsermächtigungen ermächtigen zum Eingehen von finanziellen rechtlichen Verpflichtungen (insbesondere Förderungszusagen), deren Zahlung im laufenden Jahr und in den Folgejahren erfolgt. Die Zahlungsermächtigungen eines bestimmten Haushaltsjahres entsprechen Verpflichtungen, welche in den Vorjahren und im laufenden Jahr eingegangen worden sind, jedoch im betreffenden Jahr geleistet werden sollen. Die Zahlungsermächtigungen sind jene Größen, welche durch laufende Einnahmen vollständig gedeckt werden müssen (Grundsatz des Haushaltsausgleichs).

⁹ Zur Unterscheidung Verpflichtungs-/Zahlungsermächtigungen siehe Abschnitt 3.1.2.

¹⁰ Vgl. Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (siehe EU-Amtsblatt 2006/C 139/01).

Weiters wird im EU-Haushaltsrecht zwischen obligatorischen und nicht-obligatorischen Ausgaben unterschieden. Diese Unterscheidung ist bestimmend für die Kompetenzen von Rat und Europäischem Parlament bei der Haushaltsfeststellung. Obligatorische Ausgaben sind vor allem die Agrarsubventionen der EU, die Pensionszahlungen an die EU-Bediensteten sowie die Verpflichtungen der EU aus internationalen Abkommen. Alle anderen Ausgaben sind nicht-obligatorisch. Bei der Dotierung der obligatorischen Ausgaben hat der Rat das letzte Wort, bei den nicht-obligatorischen Ausgaben das Europäische Parlament. Rat und Parlament müssen also im Sinne einer gesamthaften Budgetdisziplin der EU zusammenarbeiten.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon wird diese Unterscheidung von obligatorischen und nicht-obligatorischen Ausgaben künftig wegfallen.

Der EU-Haushalt entsteht nach folgendem Terminkalender:

- Orientierungsphase: Zwischen Jänner und April beraten Rat, Europäisches Parlament und Kommission über ihre jeweiligen Haushaltsschwerpunkte (Haushalts-Prioritäten, Haushalts-Leitlinien).
- Haushaltsvorentwurf: Die Haushaltsinitiative liegt allein bei der Kommission, welche den Haushaltsvorentwurf Anfang Mai vorlegt. Sie berücksichtigt dabei auch die Teilvoranschläge der einzelnen Organe (insbesondere Rat, Europäisches Parlament, Europäischer Rechnungshof, Europäischer Gerichtshof).
- Haushaltsentwurf („1. Lesung des Rates“): Auf Basis des Haushaltsvorentwurfes erstellt der Rat (ECO-FIN-Budget) bis Ende Juli den Haushaltsentwurf. Der Rat entscheidet hierbei mit qualifizierter Mehrheit. Anschließend wird der Haushaltsentwurf dem Parlament zugeleitet.
- 1. Lesung des Haushaltsentwurfes im Europäischen Parlament (Oktober): Auf Basis des vom Rat erstellten Haushaltsentwurfes nimmt das Parlament seine erste Lesung vor. Hierbei kann das Parlament Änderungen am Haushaltsentwurf vornehmen.
- 2. Lesung des Haushaltsentwurfes im Rat (November): Wenn der Rat den Änderungsvorschlägen des Parlaments folgt, ist das Verfahren bzgl. des Änderungsvorschlags abgeschlossen. Ist der Rat nicht der Meinung des Parlaments, entscheidet er ab-

schließend über die obligatorischen Ausgaben im Alleingang.

- 2. Lesung des Haushaltsentwurfes im Europäischen Parlament (Dezember): Ist der Rat den Parlamentsvorschlägen nicht oder nicht zur Gänze gefolgt, entscheidet das Parlament bei den nicht-obligatorischen Ausgaben. Wird dabei eine bestimmte maximale Steigerungsrate überschritten, bedarf es noch einer Einigung mit dem Rat.

In der Praxis versuchen der Rat und das Europäische Parlament bereits anlässlich der 2. Lesung des Rates weitestgehend ein Einvernehmen über die Gestaltung des Haushaltes herzustellen.

Der Vertrag von Lissabon

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon wird dieses Verfahren künftig vereinfacht: in jeweils einer einzigen Lesung entscheiden Rat und EP über den gesamten Haushalt.

3.2 Eigenmittelfinanzierung

Die Bestimmungen über die Finanzierung des EU-Haushalts sind im Eigenmittelbeschluss¹¹ festgelegt. Eine Änderung des Beschlusses bedarf der Einstimmigkeit im Rat und der Ratifikation durch sämtliche Mitgliedstaaten.¹²

3.2.1 Die Eigenmittelarten

- Traditionelle Eigenmittel (TEM): Zölle (inkl. Agrarabschöpfungen) und Zuckerabgaben. Hierbei handelt es sich um Abgaben, die direkt an den Außengrenzen der EU eingehoben werden und Abgaben, die im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind. Die Einhebung der Abgaben und deren Abführung an die Kommission obliegt den Mitgliedstaaten, welche hierfür eine Einhebungsgebühr iHv. 25% zur pauschalen Deckung ihrer Kosten einbehalten.

¹¹ Beschluss des Rates 2000/597.

¹² Zum neuen Eigenmittelbeschluss vgl. Abschnitt 3.2.4.

- Mehrwertsteuer(MwSt)-Eigenmittel

Die MwSt-Eigenmittel knüpfen an einer statistisch ermittelten Bemessungsgrundlage an, welche auf den MwSt-Einnahmen der Mitgliedstaaten aufbaut. Derzeit wird ein Höchstsatz von 0,5% aller Bemessungsgrundlagen von den Mitgliedstaaten an die Kommission abgeführt.

- Bruttonationaleinkommen(BNE)-Eigenmittel

Das BNE drückt die gesamte erbrachte wirtschaftliche Leistung eines Landes und damit die Leistungsfähigkeit seiner Volkswirtschaft aus. Jeder Mitgliedstaat führt die BNE-Eigenmittel entsprechend seinem Anteil am gesamten BNE der EU an die Kommission ab. Diese Eigenmittelart ist mittlerweile die wichtigste Einnahmenquelle der EU und deckt jenen Teil der EU-Einnahme ab, der nicht aus den Traditionellen Eigenmitteln bzw. Mehrwertsteuer-Eigenmitteln finanziert werden kann.

3.2.2 Die „UK-Korrektur“

Im Rahmen der EU-Finanzierung wird dem Vereinigten Königreich seit 1985 eine besondere Vergünstigung gewährt („Haushaltsausgleich für das Vereinigte Königreich“ bzw. „UK-Korrektur“). Das Vereinigte Königreich erhält 66% der Differenz zwischen seinem EU-Beitrag und seinem Rückflussanteil an den zurechenbaren Ausgaben rückerstattet („Ausgleich der Haushaltsungleichgewichte“). Im Jahr 2007 betrug dieser Rabatt rund 5,2 Mrd. €. Die Finanzierung dieses „Rabattes“ obliegt den übrigen 26 Mitgliedstaaten, wobei die größten Nettozahler (Deutschland, Schweden, Niederlande und Österreich) nur ein Viertel ihres ursprünglichen Anteils zu leisten haben.

Nachdem sich die wirtschaftliche Situation von UK gegenüber 1985 gravierend verbessert hat, wird die Bevorzugung eines Landes in diesem Ausmaß als nicht mehr gerechtfertigt gesehen und das Vereinigte Königreich hat nach langwierigen Verhandlungen einer Reduktion des UK-Rabattes ab dem Jahr 2007 zugestimmt: Mit Inkrafttreten des neuen Eigenmittelbeschlusses wird UK erstmals seinen Anteil an den Erweiterungskosten mittragen.

3.2.3 Operativer Haushaltssaldo

Der operative Haushaltssaldo zeigt das Verhältnis zwischen dem Anteil eines Mitgliedstaats an den zu-rechenbaren operativen EU-Gesamtausgaben und seinem Anteil an den „nationalen Beiträgen“.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den anderen Mitgliedstaaten verwendet das BMF in allen Berechnungen und Publikationen die Berechnungsmethode der EK¹³, die für die Rechnungslegung für den EU-Haushalt gemäß Art. 275 EGV zuständig ist.¹⁴

Die EK berechnet den „operativen Haushaltssaldo“ eines jeden Mitgliedstaats, indem die Differenz zwischen

- den operativen Ausgaben und
 - dem angepassten¹⁵ nationalen Beitrag jedes Mitgliedstaats
- gebildet wird.

Nationaler Beitrag¹⁶ = Mehrwertsteuer-Eigenmittel, BNE-Eigenmittel und UK-Korrektur.

Operative Ausgaben = alle Rückflüsse außer Verwaltungsausgaben für die EU-Institutionen in Brüssel und Strassburg sowie für die Agenturen in den Mitgliedstaaten.

¹³ Der Österreichische Rechnungshof hingegen orientiert sich an Zahlen aus den Jahresberichten des Europäischen Rechnungshofs, welcher sich traditionsgemäß in der Darstellung von der EK abhebt und in eigener Verantwortung Berechnungen vornimmt.

¹⁴ Operative Haushaltssalden sind veröffentlicht im EK-Finanzbericht 2007: http://ec.europa.eu/budget/documents/2007_de.htm#table-3_2.

¹⁵ Wie bei der Berechnung der UK-Korrektur wird bei der Berechnung der operativen Haushaltssalden nicht der „nationale Beitrag der Mitgliedstaaten“ (d.h. die Eigenmittelzahlungen, ausgenommen Traditionelle Eigenmittel) verwendet, sondern der damit verbundene Aufteilungsschlüssel, d.h. der jeweilige Anteil der einzelnen Mitgliedstaaten an den „nationalen Beiträgen“ insgesamt. Die nationalen Beiträge insgesamt werden so angepasst, dass sie den aufgeteilten zurechenbaren EU-Gesamtausgaben entsprechen, sodass sich die operativen Haushaltssalden zu Null addieren.

¹⁶ Wie bei der Berechnung der UK-Korrektur werden die **Traditionellen Eigenmittel** (d.h. Zölle inkl. Agrarabschöpfungen und Zuckerabgaben) in die Berechnung der Nettosalden nicht eingeschlossen. Da sich die TEM direkt aus der Durchführung gemeinsamer Politiken wie der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Zollunion ergeben, werden die TEM nicht als „nationaler Beitrag“, sondern als reine EU-Einnahme betrachtet. Außerdem ist der Wirtschaftsteilnehmer, dem die Zollabgaben auferlegt werden, nicht immer in dem Mitgliedstaat ansässig, der die Abgaben erhebt.

Die solcherart definierte Nettoposition Österreichs erfuhr seit dem Beitritt eine erhebliche Verbesserung: In den Jahren 1995-1999 lag der operative Haushaltssaldo bei rd. -0,35% des BNE. Ab 2000 erhöhten sich die Rückflüsse im Bereich der Landwirtschaft (insbesondere für die Entwicklung des ländlichen Raumes) und verbesserten damit auch den Haushaltssaldo. Ab 2002 trat schließlich die neue Eigenmittelregelung in Kraft, auf Grund welcher Österreich (neben D, S und NL) einen Vorteil bei der Finanzierung der UK-Korrektur genießt. Im Jahr 2002 erhielt Österreich zudem außerordentliche Rückflüsse aus dem EU-Solidaritätsfonds (134 Mio. € für die Schäden auf Grund der Hochwasserkatastrophe 2002); der Haushaltssaldo im Jahr 2002 war in der Folge mit -0,10% des BNE auf einem außerordentlich niedrigen Niveau. Im Jahr 2007 erreichte der Haushaltssaldo -563,7 Mio. € oder -0,21% des BNE.

3.2.4 Neuer Eigenmittelbeschluss 2007 und Review

Der neue Eigenmittelbeschluss ist in allen Mitgliedstaaten ratifiziert und tritt rückwirkend mit 1.1.2007 in Kraft. In Österreich wurde er im November 2007 vom Parlament angenommen.

Auf Grund des Verhandlungsergebnisses wirkt sich die Anwendung des neuen EMB 2007 bei gleich bleibendem Haushaltsvolumen positiv auf den österreichischen Beitrag aus. Die Entlastung für Österreich beläuft sich für die Jahre 2007-2009 auf rd. 47,4 Mio. Euro.

Im Rahmen der oben erwähnten Revision des EU-Budgets (vgl. Pkt. 3.1.1.) wird auch die Frage einer neuen Eigenmittelquelle bzw. eines neuen Finanzierungssystems für das EU-Budget nach 2013 behandelt werden.

3.3 EU-Gebarungen im Bundeshaushalt

3.3.1 Rückflüsse aus dem EU-Haushalt

Im Bundeshaushalt scheinen zahlreiche Rückflüsse aus dem EU-Haushalt auf:

- Die umfangreichsten Rückflüsse betreffen jene Ausgaben des EU-Haushaltes, welche im Wege der Mitgliedstaaten abgewickelt werden („geteilte Verwaltung“ gemäß Art. 53 Abs. 3 EU-Haushaltsordnung (VO 1605/2002, idF VO 1995/2006)). Die wichtigsten betreffen die Landwirtschaft und die Strukturförderungen (vergleiche Titel 513, 514 und 516 des BVA). Diese Mittel werden zentral im Bundeshaushalt vereinnahmt und als Bundesausgaben direkt an die Förderungsnehmer ausgezahlt oder an andere öffentliche Haushalte (insbesondere Länder, AMA) weitergeleitet, welche für die Verteilung der Mittel zuständig sind. Zugleich werden mit diesen EU-Mitteln meist Bundesmittel zur innerstaatlichen Kofinanzierung ausgezahlt.
- Darüber hinaus erhalten die Bundesdienststellen Kostenersätze der EU für die Teilnahme der Vertreter Österreichs an Sitzungen bei EU-Organen. Die Kostenersätze für Ratssitzungen werden pauschal verrechnet (VA 2/51505); jene für Sitzungen der Kommissionsausschüsse werden in allen Untergliederungen (z.B. VA 2/30004/8835/100) ausgewiesen.
- In einigen Fällen werden Rückflüsse an österreichische Förderungsnehmer nicht im Wege des Bundeshaushaltes abgewickelt. Dies betrifft jene Programme, welche von der Kommission in zentraler Verwaltung abgewickelt werden. Information über diesbezügliche Rückflüsse sind den einschlägigen Berichten der Kommission zu entnehmen.
- Nur wenn Bundesdienststellen auf Grund der Teilnahme an solchen EU-Programmen Förderungsmittel erhalten, scheinen diese ebenfalls im Bundeshaushalt auf (z.B. das Bundesministerium für Gesundheit, BMG [vormals BMGF] und die Pädagogischen Institute; die entsprechenden Rückflüsse werden bei den VA 2/24314 „Beiträge der EU für Tierseuchenbekämpfung“ und VA 2/30990 „Beiträge von der EU für Pädagogische Institute“ verrechnet).

3.3.2 Beitrag Österreichs an die EU

Eigenmittel

- Gutschriften:

Entsprechend den Bestimmungen von Art. 9 der VO 1150/2000 „schreibt jeder Mitgliedstaat die Eigenmittel dem Konto gut, das zu diesem Zweck für die Kommission bei der Haushaltsverwaltung des Mitgliedstaats oder bei der von ihm bestimmten Einrichtung eingerichtet wurde“.

In Österreich erfolgt die Darstellung dieses „Art. 9-Kontos“ im Rahmen der Bundeshaushaltsverrechnung. Die zur Finanzierung des EU-Haushaltes bestimmten Beiträge werden gemäß § 16 Abs. 3a BHG als Verminderung der Abgabeneinnahmen dargestellt (VA 2/16904), da diese Mittel der Verfügung durch innerstaatliche Organe – dies betrifft insbesondere den Nationalrat als Budgetautorität des Bundes – entzogen sind.

- Zahlungen:

Die laufenden Zahlungen erfolgen auf Grund des jeweiligen Liquiditäts-Bedarfs der Kommission. Sie sind manchmal höher oder niedriger als dies den monatlichen Gutschriften (Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmittel, UK-Korrektur und Traditionelle Eigenmittel) auf dem „Art. 9-Konto“ entspricht.

Sonstige

Einige im Bundeshaushalt ausgewiesene Leistungen Österreichs an die EU stehen nicht im Zusammenhang mit dem EU-Haushalt. Diese betreffen etwa Beiträge Österreichs für die Europäische Investitionsbank (VA 1/45052) oder für den Europäischen Entwicklungsfonds (VA 1/45052) sowie Beiträge im Rahmen des Titels V des EU-Vertrages für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (VA 1/12008 GASP-Aktionen).

4. Tabellenteil

Tabelle 1: EU-27 Nationaler Betrag nach Mitgliedstaaten und zu Gunsten der EU erhobene Traditionelle Eigenmittel 2007
in Mio. €

	MwSt. BNE-Eigenmittel (1)	(2)	UK-Ausgleich ^{*)} (3)	Nationaler Betrag insgesamt (4)=(1)+(2)+(3)	%	% BNE	Traditionelle Eigenmittel netto (75%) (5)	Eigenmittel insgesamt (6)=(4)+(5)	%	% BNE
BE	468,5	1.985,8	232,5	2.686,8	2,9	0,80	1.685,1	4.371,9	4,0	1,31
BG	46,3	163,0	20,8	230,0	0,2	0,80	60,8	290,8	0,3	1,02
CZ	199,9	703,8	84,4	988,2	1,1	0,83	178,8	1.167,0	1,1	0,98
DK	332,8	1.393,5	162,9	1.889,2	2,0	0,81	329,8	2.219,0	2,0	0,96
DE	3.635,2	14.653,8	294,2	18.583,2	19,9	0,76	3.126,8	21.710,0	19,7	0,89
EE	26,8	95,8	11,2	133,8	0,1	0,91	42,8	176,7	0,2	1,21
IE	276,4	972,2	119,6	1.368,3	1,5	0,86	218,0	1.586,4	1,4	1,00
EL	697,9	1.946,6	145,8	2.790,3	3,0	1,25	229,6	3.019,9	2,7	1,35
ES	1.722,8	6.073,4	751,7	8.548,0	9,2	0,84	1.290,1	9.838,2	8,9	0,96
FR	3.113,8	11.215,7	1.326,9	15.656,4	16,8	0,83	1.332,5	16.988,9	15,4	0,90
IT	2.030,1	9.143,7	1.163,2	12.336,9	13,2	0,81	1.687,2	14.024,2	12,8	0,92
CY	25,0	88,2	10,7	123,9	0,1	0,82	46,4	170,3	0,2	1,13
LV	35,2	118,0	14,9	168,1	0,2	0,88	30,9	199,0	0,2	1,04
LT	47,1	158,3	20,1	225,5	0,2	0,84	45,4	271,0	0,2	1,01
LU	53,2	202,2	21,2	276,6	0,3	0,95	19,2	295,8	0,3	1,02
HU	137,8	546,7	74,9	759,4	0,8	0,81	110,9	870,2	0,8	0,93
MT	9,1	32,5	3,6	45,2	0,0	0,86	11,8	57,0	0,1	1,09
NL	936,3	3.400,6	92,4	4.429,3	4,7	0,78	1.873,5	6.302,8	5,7	1,10
AT	409,0	1.564,9	43,0	2.017,0	2,2	0,75	201,1	2.218,1	2,0	0,82
PL	508,7	1.745,6	215,8	2.470,1	2,6	0,84	338,4	2.808,6	2,6	0,96
PT	269,4	940,1	113,9	1.323,3	1,4	0,85	137,1	1.460,4	1,3	0,93
RO	162,1	681,7	86,4	930,3	1,0	0,80	159,2	1.089,4	1,0	0,93
SI	55,9	198,3	22,6	276,8	0,3	0,84	82,5	359,4	0,3	1,09
SK	84,6	302,5	41,6	428,7	0,5	0,81	90,5	519,2	0,5	0,98
FI	260,7	1.087,7	132,0	1.480,5	1,6	0,82	148,9	1.629,4	1,5	0,91
SE	486,6	1.948,9	41,3	2.476,7	2,7	0,73	438,4	2.915,2	2,7	0,86
UK	3.409,6	12.551,2	-5.188,9	10.771,9	11,5	0,53	2.657,0	13.429,0	12,2	0,66
EU-27	19.440,8	73.914,8	58,9	93.414,5	100,0	0,76	16.573,0	109.987,5	100,0	0,90

Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

^{*)} Aus Gründen einer einfachen Darstellung ist die JI-Anpassung (Berücksichtigung der Nichtteilnahme von DK, IRL und UK an einigen Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres) in den BNE-Eigenmitteln enthalten.

^{**)} Bei dem UK-Ausgleich ergibt sich aufgrund von Wechselkursbedingten Differenzen kein Nullsaldo.

Tabelle 2: Nationaler Beitrag Österreichs
in Mio. €

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
MwSt-Eigenmittel	1.105,6	947,2	1.035,6	863,6	775,6	818,1	762,1	553,7	511,6	248,3	326,3	385,4	409,0
BNE-Eigenmittel	378,8	559,5	738,0	867,7	914,6	893,2	848,4	1.070,0	1.211,8	1.596,9	1.588,9	1.557,2	1.564,9
UK-Rabatt	56,6	103,5	82,4	112,9	118,9	112,3	251,8	34,5	45,8	25,4	40,3	71,4	43,0
Summe	1.541,0	1.610,2	1.856,0	1.844,2	1.809,1	1.823,6	1.862,3	1.658,2	1.769,2	1.870,6	1.955,5	2.014,0	2.017,0
in % BNE	0,86	0,88	1,03	0,99	0,93	0,89	0,90	0,77	0,80	0,81	0,81	0,80	0,76
BNE-Daten	179.423,6	183.331,4	180.509,3	186.986,3	194.447,9	204.009,5	207.951,6	216.117,5	221.131,6	231.032,7	242.075,0	252.845,5	265.245,9

Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007; Statistik Austria (Stand: 20.2.2009); Berechnungen BMF

Tabelle 3: Aufteilung der EU-27 Ausgaben 2007 nach Rubriken und Mitgliedstaaten
in Mio. €

	R.1a Wettbewerbs- fähigkeit	R.1b Kohäsion	R.2 natürliche Ressourcen	R.2 Freiheit, Si- cherheit und Recht	R.3a Freiheit und bürgerschaft	R.3b Unions- bürgerschaft	R.4 die EU als globaler Akteur	R.5 Verwaltung	R.6 Ausgleichs- zahlungen	Ausgaben insgesamt	Ausgaben insgesamt %
BE	667,6	346,8	879,9	19,4	19,4	71,0	0,0	3.694,1	0,0	5.678,8	5,4
BG	17,3	144,9	6,6	0,2	0,2	2,8	278,2	12,2	129,3	591,5	0,6
CZ	37,7	918,1	717,1	1,1	1,1	16,7	15,2	15,1	0,0	1.721,0	1,6
DK	95,0	129,3	1.168,8	0,5	0,5	8,1	0,0	47,6	0,0	1.449,2	1,4
DE	865,7	4.311,8	6.905,7	15,5	15,5	217,8	0,0	167,2	0,0	12.483,6	11,9
EE	12,8	216,8	121,2	0,5	0,5	8,8	8,3	8,6	0,0	376,9	0,4
IE	91,5	263,7	1.762,7	1,6	1,6	5,6	0,0	41,7	0,0	2.166,7	2,1
EL	145,3	4.591,0	3.644,4	1,3	1,3	17,8	0,0	29,2	0,0	8.429,1	8,0
ES	298,5	5.429,6	6.973,4	5,9	5,9	20,8	0,0	67,8	0,0	12.795,9	12,1
FR	718,9	2.449,3	10.360,1	24,6	24,6	73,8	0,0	270,6	0,0	13.897,2	13,2
IT	636,7	4.452,5	5.913,3	7,8	7,8	75,6	0,0	229,4	0,0	11.315,3	10,7
CY	9,0	34,4	61,0	0,9	0,9	8,0	7,7	5,7	0,0	126,8	0,1
LV	13,1	437,2	186,2	0,5	0,5	9,5	20,7	7,7	0,0	675,0	0,6
LT	42,9	465,5	483,0	5,5	5,5	10,3	25,4	11,1	0,0	1.043,8	1,0
LU	99,7	13,5	55,2	0,6	0,6	9,9	0,0	1.102,1	0,0	1.280,9	1,2
HU	53,5	1.304,2	956,2	1,3	1,3	35,5	61,6	15,4	0,0	2.427,6	2,3
MT	5,1	49,1	8,7	0,7	0,7	10,7	1,7	13,2	0,0	89,3	0,1
NL	339,2	251,4	1.211,3	19,5	19,5	17,3	0,0	77,7	0,0	1.916,4	1,8
AT	158,3	264,7	1.130,0	16,5	16,5	8,9	0,0	20,0	0,0	1.598,4	1,5
PL	114,2	4.217,1	3.114,3	40,3	40,3	46,2	227,1	27,2	0,0	7.786,4	7,4
PT	107,0	2.456,0	1.299,7	10,2	10,2	6,7	0,0	24,8	0,0	3.904,4	3,7
RO	29,6	421,4	23,9	0,2	0,2	4,1	789,1	18,8	315,4	1.602,4	1,5
SL	27,4	158,9	179,5	0,9	0,9	8,3	7,5	7,5	0,0	390,1	0,4
SK	33,7	635,2	380,5	1,4	1,4	12,3	9,9	9,6	0,0	1.082,6	1,0
FI	94,6	322,0	972,8	2,1	2,1	8,8	0,0	23,1	0,0	1.423,4	1,4
SE	182,7	303,5	1.104,8	4,3	4,3	39,7	0,0	24,0	0,0	1.659,0	1,6
UK	639,2	2.357,0	4.233,7	15,4	15,4	27,1	0,0	140,5	0,0	7.412,9	7,0
EU-27	5.536,2	36.945,1	53.853,9	198,6	198,6	781,8	1.452,4	6.111,8	444,6	105.324,5	100,0
Drittländer	235,2	0,2	157,6	0,1	0,1	13,9	4.557,5	175,9	0,0	5.140,5	
Sonstige	544,3	24,4	5,7	0,9	0,9	23,5	1.081,1	354,7	0,0	2.034,6	
Zweckgebunden	422,5	5,0	631,3	12,5	12,5	18,4	200,7	163,2	0,0	1.453,6	
Insgesamt	6.738,2	36.974,8	54.648,4	212,2	212,2	837,6	7.291,8	6.805,6	444,6	113.953,3	

Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

Tabelle 4: EU-27 Einnahmen 2007 nach Rubriken und Mitgliedstaaten
in Mio. €

	MwSt- Eigenmittel	BNE- Eigenmittel	UK-Aus- gleich	Jl-Anpassung für DK, IRL & UK *)	Nationaler Beitrag	für die EU erhobene TEM (netto, 75%)	Einnahmen insgesamt	Agrarabschöp- fungen (brutto, 100%)	Zucker- abgaben (brutto, 100%)	Zölle (brutto, 100%)	Einnahmen (25%) **)
BE	468,5	1.985,8	232,5	0,136	2.686,8	1.685,1	4.371,9	22,8	-6,5	2.230,4	-561,7
BG	46,3	163,0	20,8	0,000	230,0	60,8	290,8	18,9	0,0	62,1	-20,3
CZ	199,9	703,8	84,4	0,049	988,2	178,8	1.167,0	5,2	10,1	223,1	-59,6
DK	332,8	1.393,5	162,9	-1,230	1.889,2	329,8	2.219,0	46,4	-3,5	396,8	-109,9
DE	3.635,2	14.653,8	294,2	0,992	18.583,2	3.126,8	21.710,0	230,6	-29,3	3.967,8	-1.042,3
EE	26,8	95,8	11,2	0,005	133,8	42,8	176,7	1,3	22,8	33,0	-14,3
IE	276,4	972,2	119,6	-0,190	1.368,3	218,0	1.586,4	1,0	-0,7	290,4	-72,7
EL	697,9	1.946,6	145,8	0,089	2.790,3	229,6	3.019,9	11,1	-1,1	296,2	-76,5
ES	1.722,8	6.073,4	751,7	0,409	8.548,0	1.290,1	9.838,2	50,7	-1,7	1.671,2	-430,0
FR	3.113,8	11.215,7	1.326,9	0,768	15.656,4	1.332,5	16.988,9	151,8	-26,4	1.651,3	-444,2
IT	2.030,1	9.143,7	1.163,2	0,623	12.336,9	1.687,2	14.024,2	202,3	-9,4	2.056,8	-562,4
CY	25,0	88,2	10,7	0,006	123,9	46,4	170,3	5,5	10,0	46,3	-15,5
LV	35,2	118,0	14,9	0,007	168,1	30,9	199,0	1,9	2,2	37,0	-10,3
LT	47,1	158,3	20,1	0,010	225,5	45,4	271,0	4,1	0,0	56,5	-15,1
LU	53,2	202,2	21,2	0,012	276,6	19,2	295,8	0,9	0,0	24,7	-6,4
HU	137,8	546,7	74,9	0,037	759,4	110,9	870,2	6,8	-0,3	141,3	-37,0
MT	9,1	32,5	3,6	0,002	45,2	11,8	57,0	2,0	0,6	13,2	-3,9
NL	936,3	3.400,6	92,4	0,230	4.429,3	1.873,5	6.302,8	334,4	2,1	2.161,5	-624,5
AT	409,0	1.564,9	43,0	0,108	2.017,0	201,1	2.218,1	3,4	-2,8	267,5	-67,0
PL	508,7	1.745,6	215,8	0,118	2.470,1	338,4	2.808,6	55,4	-3,8	399,7	-112,8
PT	269,4	940,1	113,9	0,064	1.323,3	137,1	1.460,4	28,5	-0,3	154,5	-45,7
RO	162,1	681,7	86,4	0,000	930,3	159,2	1.089,4	39,2	0,0	173,0	-53,1
SL	55,9	198,3	22,6	0,013	276,8	82,5	359,4	0,7	-0,2	109,6	-27,5
SK	84,6	302,5	41,6	0,020	428,7	90,5	519,2	1,7	3,5	115,5	-30,2
FI	260,7	1.087,7	132,0	0,072	1.480,5	148,9	1.629,4	11,3	-0,5	187,8	-49,6
SE	486,6	1.948,9	41,3	0,129	2.476,7	438,4	2.915,2	30,1	-1,4	555,8	-146,1
UK	3.409,6	12.551,2	-5.188,9	-2,364	10.771,9	2.657,0	13.429,0	603,8	-4,3	2.943,2	-885,7
EU-27	19.440,8	73.914,7	58,9	0,1	93.414,5	16.573,0	109.987,5	1.872,1	-40,9	20.266,2	-5.524,3

Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

*) Jl-Anpassung bedingt durch die Nichtteilnahme von DK, IRL und UK an einigen Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres.

**) einbehalten als TEM-Erhebungskosten

Tabelle 5: Operative Haushaltssalden der EU-27 Mitgliedstaaten 1997-2007
in Mio. €

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Mio. ECU	Mio. ECU	Mio. ECU	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
BE	-416,6	-412,3	-333,3	-323,2	-745,2	-517,7	-779,7	-536,1	-607,5	-710,9	-868,9
BG											335,0
CZ								272,2	178,0	385,9	656,4
DK	117,6	3,4	117,8	239,6	-223,1	-169,1	-220,0	-224,6	-265,3	-505,9	-604,9
DE	-10.677,2	-8.065,4	-8.539,2	-8.232,4	-6.971,5	-4.954,0	-7.605,4	-7.140,4	-6.064,3	-6.331,2	-7.420,2
EE								145,0	154,3	176,4	226,2
IE	2.809,8	2.378,0	1.976,0	1.719,5	1.198,3	1.574,1	1.559,0	1.593,8	1.136,6	1.080,1	671,8
EL	4.350,4	4.733,1	3.813,6	4.380,6	4.503,6	3.375,7	3.358,3	4.163,3	3.900,5	5.101,7	5.436,4
ES	5.734,8	7.129,1	7.364,4	5.263,6	7.661,2	8.859,4	8.704,9	8.502,3	6.017,8	3.808,8	3.649,5
FR	-1.405,5	-896,3	-15,5	-676,6	-2.043,4	-2.218,4	-1.976,1	-3.050,7	-2.883,5	-3.017,8	-3.001,5
IT	-320,0	-1.437,2	-800,2	1.231,2	-2.030,9	-2.917,1	-849,8	-2.946,9	-2.199,0	-1.735,9	-2.016,8
CY								63,5	90,3	102,3	-10,5
LV								197,7	263,9	255,5	488,7
LT								369,3	476,4	585,3	793,1
LU	-55,8	-77,0	-85,8	-54,6	-140,0	-48,1	-57,2	-93,6	-86,8	-30,2	-114,9
HU								193,4	590,1	1.114,8	1.605,7
MT								45,0	90,0	100,9	28,1
NL	-1.119,1	-1.548,1	-1.851,1	-1.543,9	-2.259,9	-2.171,3	-1.942,2	-2.034,9	-2.636,6	-2.589,2	-2.865,5
AT	-798,0	-633,8	-635,0	-435,5	-542,4	-212,6	-330,9	-365,1	-277,9	-302,2	-563,7
PL								1.438,3	1.853,2	2.996,8	5.135,7
PT	2.708,5	3.016,7	2.855,0	2.128,2	1.773,8	2.682,7	3.476,3	3.124,0	2.378,0	2.291,3	2.474,1
RO											595,6
SL								109,7	101,5	142,7	88,5
SK								169,2	270,9	323,1	617,7
FI	30,1	-105,1	-199,5	275,9	-153,0	-4,9	-26,7	-69,6	-84,8	-241,5	-172,0
SE	-1.116,7	-784,6	-903,6	-1.058,7	-982,9	-750,4	-945,6	-1.059,8	-866,9	-857,4	-995,5
UK	157,5	-3.300,6	-2.763,7	-2.913,7	955,4	-2.528,4	-2.364,9	-2.864,9	-1.529,0	-2.143,6	-4.168,2

Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

Anmerkungen:

- „Operative Haushaltssalden“ entsprechen für jeden Mitgliedstaat der Differenz zwischen den aufgeteilten, operativen EU-Ausgaben (ausgenommen Verwaltung) und den Eigenmittel/zahlungen (ausgenommen TEM). Diese Zahlungen werden angepasst, so dass ihre Summe mit der Summe der gesamten zugeordneten Ausgaben (wie bei der Berechnung des UK-Ausgleichs) übereinstimmt; die Summe der operativen Haushaltssalden ist null.

- Der positive operative Haushaltssaldo von UK im Jahr 2001 ist auf den besonders hohen Betrag des UK-Ausgleichs der in diesem Jahr verbucht wurde, zurückzuführen.

Tabelle 6: Operative Haushaltssalden der EU-27 Mitgliedstaaten 1997-2007
in % BNE

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
BE	-0,19	-0,18	-0,14	-0,13	-0,28	-0,19	-0,28	-0,18	-0,20	-0,23	-0,26
BG											1,17
CZ	0,08	0,00	0,07	0,14	-0,13	-0,09	-0,12	0,33	0,19	0,36	0,55
DK	-0,56	-0,42	-0,43	-0,40	-0,33	-0,23	-0,35	-0,11	-0,13	-0,23	-0,26
DE								-0,32	-0,27	-0,27	-0,30
EE	4,43	3,43	2,56	1,91	1,22	1,46	1,32	1,63	1,47	1,40	1,54
IE	3,95	4,23	3,19	3,45	3,41	2,37	2,18	1,27	0,83	0,71	0,42
EL	1,14	1,34	1,28	0,84	1,14	1,23	1,13	2,49	2,19	2,68	2,43
ES	-0,11	-0,07	0,00	-0,05	-0,13	-0,14	-0,12	1,03	0,67	0,40	0,36
FR	-0,03	-0,13	-0,07	0,10	-0,16	-0,23	-0,06	-0,18	-0,17	-0,17	-0,16
IT								-0,21	-0,16	-0,12	-0,13
CY								0,52	0,69	0,73	-0,07
LV								1,81	2,06	1,63	2,55
LT								2,08	2,35	2,52	2,95
LU	-0,35	-0,48	-0,48	-0,28	-0,70	-0,23	-0,28	-0,42	-0,36	-0,11	-0,40
HU								0,25	0,71	1,35	1,72
MT								1,03	2,01	2,09	0,54
NL	-0,32	-0,43	-0,47	-0,36	-0,50	-0,46	-0,40	-0,40	-0,52	-0,47	-0,50
AT	-0,44	-0,34	-0,32	-0,21	-0,26	-0,10	-0,15	-0,16	-0,11	-0,12	-0,21
PL								0,74	0,79	1,16	1,75
PT	2,77	2,89	2,54	1,78	1,42	2,04	2,55	2,21	1,64	1,54	1,58
RO											0,51
SL								0,42	0,37	0,49	0,27
SK								0,50	0,73	0,76	1,17
FI	0,03	-0,09	-0,16	0,21	-0,11	0,00	-0,02	-0,05	-0,05	-0,14	-0,10
SE	-0,52	-0,36	-0,38	-0,41	-0,40	-0,29	-0,35	-0,38	-0,30	-0,28	-0,29
UK	0,01	-0,26	-0,20	-0,19	0,06	-0,15	-0,14	-0,16	-0,08	-0,11	-0,21

Anmerkung:

- Die Reihen als Prozentsatz des BNE werden auf der Grundlage der von der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen im Frühjahr 2008 veröffentlichten BNE-Daten berechnet.

Quelle: Europäische Kommission, Finanzbericht 2007

5. Abkürzungsverzeichnis

AMA	Agrarmarkt Austria
BHG	Bundeshaushaltsgesetz
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BNE	Bruttonationaleinkommen
BVA	Bundesvoranschlag
D	Deutschland
ECOFIN	Rat „Wirtschaft und Finanzen“
EGV	Europäischer Gemeinschaftsvertrag
EK	Europäische Kommission
EMB	Eigenmittelbeschluss
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheits- politik
idR	in der Regel
iHv	in Höhe von
IIV	Interinstitutionelle Vereinbarung
MS	Mitgliedstaaten
MwSt	Mehrwertsteuer
NL	Niederlande
S	Schweden
TEM	Traditionelle Eigenmittel
TEN	Transeuropäische Netze
UK	Vereinigtes Königreich
VA	Voranschlagsansatz
VO	Verordnung